

VOEST-ALPINE

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.9 1987 Preis 5.-

Österreichische Arbeiterpartei
Österreichische Sektion des CPÖ/KAL
Kaisersstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail slp@gmx.at

Solidaritätspreis 10.-

NEIN zur Wende!

RAUS AUS DER KOALITION - FÜR EINE
SOZIALISTISCHE POLITIK!



Das Ergebnis der letzten Nationalratswahlen wurde von der SP-Parteispitze als Erfolg kommentiert. In Wirklichkeit bestand der "Wahlsieg" einzig und allein darin, daß durch die Person Vranitzkys eine noch größere Niederlage verhindert werden konnte. Das Wahlergebnis war nur noch eine Bestätigung, die schon vor der Wahlen sicher scheinende große Koalition auch einzugehen. Nach dem Resultat der Bundespräsidentenwahl und dem Scheitern der SPÖ-FPÖ-Koalition schien die schwarz-rote "Wende" in Form einer Zusammenarbeit der beiden Großparteien ohnehin nicht mehr aufzuhalten. Viele Arbeiter hielten es daher für sinnlos, ihre Stimme überhaupt abzugeben. Diese Resignation machte sich besonders

in Krisengebieten bemerkbar, wo viele Arbeiter, die das Konzept VOEST-ALPINE-NEU als "blauen Brief" betrachten können, der Wahl entweder fernblieben oder aus Protest die Haider-FPÖ wählten. Anstatt die Konsequenzen aus der Niederlage zu ziehen, ging die SPÖ-Führung daran, gemeinsame Sache mit der Unternehmer-Partei ÖVP zu machen. Wie eine derartige Politik aussehen soll, ist leicht gesagt: Kürzung der Sozialleistungen, Steuervorteile für Unternehmer, Privatisierung, Reallohnverluste und Massenarbeitslosigkeit - kurz ein Vergessen jeglicher sozialistischer Grundwerte. Unterstützt wird diese Koalition von den Sozialpartnern. Ohne eine SPÖ in der Regierung wäre es wohl kaum möglich, die

Arbeiterschaft ruhig zu halten, moderate Lohnrunden und Beschäftigungsabbau durchzusetzen. Mit einer sozialistischen Politik - was von dieser Führung allerdings nicht zu erwarten ist - könnte die SPÖ die davongelaufenen Mitglieder und Wähler zurückgewinnen. Mit einer Wendepolitik, in der man sich die bessere bürgerliche Partei versucht, wird das nicht gelingen. Wir fordern deshalb:

- Keine Koalition mit einer bürgerlichen Partei; SPÖ in die Opposition!
- Mobilisierung von SPÖ und Gewerkschaften gegen die Angriffe auf die Rechte der Arbeitnehmer!
- Eine kämpferische sozialistische Politik der SPÖ auf der Grundlage eines sozialistischen Parteiprogramms!

INHALT:

Spanien	S 2
Berufsschule	S 3
Kirchenkonflikt	S 3
Verstaatlichte	S 4
Gorbatschow	S 6
Leserbrief	S 7
Impressum	S 8

SPANIEN

SCHÜLERGEWERKSCHAFT FÜHRT STREIK AN SCHÜLER UND ARBEITER KÄMPFEN GEMEINSAM!

Die letzten zwei Jahre haben in vielen Ländern Europas deutlich gezeigt, daß Jugendliche Kürzungen im Bildungsbereich nicht ohne weiteres hinnehmen. Egal ob bürgerliche oder linke Regierungen im Amt sind, gekürzt wird überall.

1984 gab es Streiks in GB, Italien und Irland. Aus dem Schülerstreik in Belgien 1985 ging die Gründung einer Schülergewerkschaft hervor, ebenso aus dem ersten spanischen Schülerstreik vor ca. einem Jahr.

In Spanien streikten von Dezember 1986 bis Februar 1987 bis zu 3 Mio. Schüler. Die Regierung hat Studienanfänger, die die Aufnahmeprüfung zu den Unis geschafft hatten, nicht zugelassen, und das brachte das Faß zum Überlaufen - die Jugend protestierte. 1982 wurde die PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) aufgrund ihrer fortschrittlichen

Versprechen mit absoluter Mehrheit gewählt. Aber anstatt die versprochenen 800.000 Arbeitsplätze zu schaffen, wurden allein in den ersten drei Regierungsjahren fast eine Million Arbeitsplätze vernichtet. Folge davon ist, daß bereits jeder zweite Schulabgänger keinen Job bekommt, die Jugendarbeitslosigkeit (16 - 24jährige) liegt bei 45 %! Nach einer Wiederwahl im Jahr 1986 verschärfte die Führungsspitze der PSOE die Kürzungspolitik erneut. Kein Wunder also, daß die Streikbewegung der Jugend auch Auswirkungen auf die Arbeiter hatte - am 11. Februar demonstrierten im ganzen Land Schüler und Arbeiter gemeinsam. Auch Teile der Gewerkschaftsbewegung, vor allem der CCOO (der KP nahestehend) und die Landarbeiter traten in Streik, die Regierung mußte nachgeben. Bildungsminister Maravall mußte enorme Zugeständnisse machen:

- Abschaffung des Schulgeldes in allen weiterführenden Schulen
- Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr
- Abschaffung der Studiengebühr für alle Studenten aus Familien mit mindestens zwei Kindern und einem Mindestjahreseinkommen unter 1,7 Mio. Pesetas (ca. 175 000 ÖS) auf Basis von 14 Monatslöhnen
- Ausbildungsförderung von Studenten aus Familien mit mindestens zwei Kindern und einem Jahreseinkommen unter 1,44 Mio. Pesetas (150 000 ÖS)
- Schaffung von 50 000 neuen überbetrieblichen Ausbildungsstellen mit Praktikantenstellen mit Auszubildungsvergütung
- Kontrolle der Sicherheits- und Hygienebestimmungen unter Einbeziehung der SEEM
- stärkere Vertretung der Schüler bei den Schulkonferenzen
- wesentliche Abschwächung der Zulassungsbeschränkungen zu den Hochschulen.

Darüberhinaus hat der Erziehungsminister in einem Erlaß alle Schulbehörden angewiesen, keinerlei Disziplinarmaßnahmen gegen einzelne im Streik führende Schüler vorzunehmen.

Lobend erwähnen muß man zum Schluß die einmalige Organisation von Seiten der Schülergewerkschaft SEEM, die vor einem Jahr von Marxisten, Unterstützern der Zeitung "Nuevo Claridad" (Neue Klarheit), gegründet wurde. Beispiel für die hervorragende Arbeit: 2.500 Jugendliche bildeten einen Ordnerdienst, der Demonstrationen vor faschistischen Übergriffen schützte, und damit deren Erfolg absicherte. Trotz der Bereitschaft der Jugend, ihre Unzufriedenheit zu zeigen, hätte eine spontane Streikbewegung nie diese Ausmaße und Ausdauer erreichen können.



Spanische Schüler beim Ordnerdienst

Lehrjahre sind keine Herrenjahre



Die Lehrlinge in den Bundesländern sind gezwungen, für zwei Monate durchgehend die Berufsschule zu absolvieren. In Wien, wo fast alle Berufsschulen vorhanden sind, können die meisten Lehrlinge ein- bis zweimal pro Woche zur Schule gehen.

Ich arbeite in einer Spedition und wurde für zwei Monate auf die Landesberufsschule Mitterdorf im Mürtal geschickt. Die Berufsschule wird von der Handelskammer unterhalten, ebenso das angegliederte Internat. Den meisten Lehrlingen wird für das Wohnen im Internat später das Geld vom Gehalt abgezogen. Unser täglicher Ablauf blieb immer gleich: 6 Uhr wecken, 6.30 Uhr Frühstück in großen Saal, 7 - 8 Uhr Studierzeit, in der man von Erziehern überwacht wird, ob man wirklich lernt. Von 8 - 12.30 Uhr Schule, danach bis 13.15 Uhr Mittagspause, Schule bis 17 Uhr. Zwischen 17 und 18 Uhr können die Lehrlinge das Internat verlassen; wenig Zeit um sich schnell noch zu

betrinken. Das einzige Vergnügen, denn um 18 Uhr ist Abendessen und danach wird das Internat zugesperrt. Von 19.30 - 21 Uhr ist wieder Studierzeit, um 21.30 Uhr Betruhe. Am Wochenende kann man Samstag Mittag heimfahren, aber die Lehrlinge müssen am Sonntag bis 21 Uhr wieder im Heim sein. Wenn man gegen die Hausordnung verstößt, betrunken ins Heim kommt oder sonst irgendwie auffällt, werden Firma oder Eltern benachrichtigt. Die Lehrlinge werden im Internat auf Schritt und Tritt überwacht. Das Essen ist schlecht und die Zimmer oft nicht geheizt. Dazu kommt noch der tägliche Streß in der Schule. Die Zeit im Internat war für mich eine bedrückende Erfahrung. Da aber die Lehrlinge immer nur für zwei Monate die Schule besuchen, ändert sich nichts an den schlechten Zuständen. Alleine während meines Lehrganges versuchten zwei Schülerinnen, Selbstmord mit Tabletten zu begehen, eine Schülerin riß aus. Aber das ist Alltag im Internat.

DER VATIKAN GREIFT DURCH

Hatten Vertreter der katholischen Kirche Österreichs bereits Meinungen vertreten wie daß Art und Weise der Empfängnisverhütung jedes einzelnen eigene Sache sei, ja teilweise sogar Sympathien für die Volkskirche Nikaraguas bekundet, so kommen nun wie der ehrenwerte Herren wie Groer und Krenn an die Macht, die die nötige moralische Größe mitbringen, um Österreichs Katholiken auf den Pfad der Tugend zurückzuführen. Der Gottesmutter wird wieder die nötige Verehrung zuteil (die ihr auch gebührt, denn die Sache mit der unbefleckten Empfängnis ist mir nach wie vor ein großes Rätsel), gleichzeitig werden die wahren Aufgaben der Frau in der Gesellschaft - Hausfrau und Mutter - betont. Der tiefste sympathische designierte Weihbischof Krenn geht sogar so weit, zu verlangen, vergewaltigte Frauen sollten sich in Demut überliefern! Der Mutterschaft hingegen wird wieder gehuldigt, nicht aber die Frau verehrt - sie wird zur Glückhenne degradiert. Papst Johannes Paul II. scheint tatsächlich viel Einfluß zu haben. Er bekleidet nicht nur das Amt der höchsten kirchlichen Würdenträgers, sondern hat vor allem einen politischen Auftrag (was von Vertretern der Amtskirche natürlich verneint wird). Was jedoch zu denken geben sollte, ist die Tatsache, daß der Papst von rechtsradikalen Kreisen, der Opus Dei, unterstützt wird. Kritiker des bisherigen Kurses der österreichischen Kirche verdammen die Bedenken bezüglich Krenns als "Unreue zum Vatikan und Verweltlichung der Kirche". Es darf aber nicht vergessen werden, daß religiöses Gedankengut als Rechtfertigung für politische Aktionen herangezogen wurde und wird. Die Geschichte der katholischen Kirche zeigt dies nur allzu deutlich.

● Verstaatlichte unter

Im Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei und der Volkspartei werden kaum konkrete Maßnahmen angeboten. Einig ist man sich in der Koalition über die Frage der Verstaatlichten Industrie. Das lautet dann so:

"Die VOEST Alpine AG hat in ihrem Strukturkonzept VOEST-ALPINE-NEU eine Reihe von Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen genannt, durch deren Veräußerung ein Teil des notwendigen Kapitalbedarfs sichergestellt werden soll. Es handelt sich dabei einerseits um Wald- und Grundbesitz sowie um Kraftwerke, andererseits um Beteiligungen wie Wolframbergbau, Gaskoks, GKB und VOEST Alpine Glas."

Die großartig angekündigte Sanierung der Verstaatlichten Industrie entpuppt sich als konservative Politik. Statt der notwendigen Investitionen und Innovationen in neue Produktionsbereiche und in den Umweltschutz steht der Ausverkauf der Verstaatlichten ins Haus. Die Fürsprecher der SPÖ-Führung für die Verstaatlichte sind halbherzig und helfen den Beschäftigten nicht weiter. Dafür aber helfen die Politiker den privaten Unternehmern. Für jene Unternehmen, die sich in Krisenregionen ansiedeln, gibt es Subventionen, für Jungunternehmer sogar eine spezielle Unterstützung

Begründung: Schaffung von Arbeitsplätzen. Eigentlich widersinnig, denn die Verstaatlichte Industrie könnte ebensogut neue Standorte gründen, neue Produkte erzeugen und mehr Leute beschäftigen. Aber darum geht es den Politikern der Regierung Vranitzky und Mock schon lange nicht mehr.

Durch die Schrumpfung und Konzentration der Verstaatlichten soll privaten Unternehmen der Profit zugeschoben werden. Die Verluste der Verstaatlichten wären bei einer gutgeplanten Produktion zu verhindern gewesen. Grobe Fehler und Fahrlässigkeit des Managements, Spekulation, Korruption und Fehlinvestitionen haben den



Verstaatlichtenminister Streicher

Betrieb ruiniert. Die gleichen Leute, die für den Ruin der Verstaatlichten verantwortlich sind, plädieren heute für den Verkauf an Private. In Bereichen wie der Grundstoffherzeugung machen Private genauso Verluste wie verstaatlichte Firmen und müssen subventioniert werden, zum Beispiel die Stahlindustrie in der BRD. Daß die Unternehmen Verluste machen, liegt an der Krise der kapitalistischen Wirtschaft und nicht daran, daß die Betriebe verstaatlicht sind.

Eines wird klar: Wie aus anderen europäischen Staaten bereits bekannt, will die SPÖ-ÖVP-Koalition auf diese Weise den Unternehmern höhere Profite zu kommen lassen. Man kann einen Wandel in der SPÖ nicht übersehen. Früher, unter Kreisky, stand die Partei hinter dem Slogan "Lieber Schulden als Arbeitslose". Heute allerdings wird in der SPÖ-Zentrale betriebswirtschaftlich gedacht. Die Regierung glaubt, daß die Mehrheit der Österreicher hinter der Sanierungspolitik und der geplanten Privatisierung steht; nach neuesten Umfragen angeblich 85%.

Während täglich widersprüchliche Meldungen über die Absichten des zuständigen Ministers auftauchen, wurden den VOEST-Beschäftigten bereits 400 Millionen an Sozialleistungen gestrichen. Durch Kündigungen und Frühpensionierungen sind bereits tausende Arbeitsplätze weggefallen.

Über die Grundsätze der Privatisierung sind sich Vranitzky und Mock einig: Auf jeden Fall sollen ÖMV-Aktien und der Staatsanteil an der Siemens AG Österreich verkauft werden. Weiters stehen auf der Liste: der Waldbesitz, der Wolframbergbau sowie die VOEST-Alpine-Glas in Eisenerz. Veräußert werden sollen die VEW-Tochtergesellschaft ACAMP, die Elin-Tochter Austria Email und die 25% Beteiligung an der Norma Meßtechnik. Nach der Aufgliederung der Chemie Linz in vier Unternehmensbereiche unter einer gemeinsamen Holding ist für die Bereiche "Pharma" und "Kunststoff" an die Ausgabe von Aktien gedacht.

Die SPÖ-Führung kann sich eine Privatisierung bis 49%, Alois Mock bis 51% vorstellen. Das Ergebnis bleibt dasselbe: Private

Arbeiterkontrolle!

Unternehmer, vielfach ausländische, werden über die wichtigsten Industrieanlagen Österreichs bestimmen. Bereits jetzt befinden sich rund 1/3 des Industriekapitals in ausländischen Händen. Die Teilprivatisierung ist nur ein weiterer Angriff der Konservativen auf die Rechte der Arbeitnehmer. Denn Privatisierung bedeutet immer: Die Löhne und Gehälter werden sinken, der Leistungsdruck steigen und die Sicherheit des Arbeitsplatzes wird geringer. Außerdem wird sich ein privater Unternehmer kaum um gewerkschaftliche Rechte kümmern.

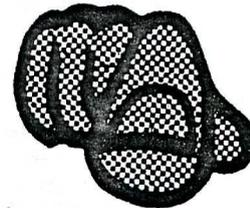
VIELE VORTEILE FÜR PRIVATE UNTERNEHMER - NUR NACHTEILE FÜR ARBEITNEHMER

Daß der VOEST-Chef Lewinsky auch nur an eine "Null-Lohnrunde" denkt, zeigt wie wenig die Manager über die Situation der Beschäftigten nachdenken. Da die Arbeitnehmer in der Verstaatlichten Angst um ihre Arbeitsplätze haben, sind viele bereit, persönliche Opfer zu bringen. Die Arbeiter in den Krisenregionen können aber keine Opfer mehr aushalten. Ganze Gebiete sind von der

Verstaatlichten abhängig. Schon jetzt wandern viele junge Arbeiter ab, da sie in ihren Heimatbezirken keine Arbeit finden können. Ein Argument der Regierung lautet so: "Die Verstaatlichte Industrie schluckt enorme Subventionen, dem-nächst ungefähr 40 Mio. öS. Diese Ausgaben und die Erhaltung von unrentablen Staatsbetrieben können wir (der österreichische Staat) uns nicht mehr leisten." Es ist richtig, daß diese Art der Finanzierung und Erhaltung der Arbeitsplätze nicht unbegrenzt möglich ist. Aber die Situation für die Arbeiter ist denkbar schlecht. Wer lebt schon gerne als Pendler oder als Dauerarbeitsloser? Eine sozialistische Verstaatlichten-Politik könnte die Wirtschaft Österreichs verändern. Die Verstaatlichte gehört nicht "saniert" sondern reorganisiert, sie soll den Menschen Arbeitsplätze und angenehme Arbeitsbedingungen garantieren. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit könnte in der Verstaatlichten schnell realisiert werden. Durch vernünftige In-



vestitionen könnte der Einstieg in neue Technologien ohne Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit geschafft werden. Unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt, könnte die Verstaatlichte die Wirtschaft umfassend planen und Mißwirtschaft verhindern.



Wir fordern:

- statt Kurzarbeit und Entlassungen: 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust!
- Neue Investitionen in den Bereichen Umweltschutz und Finalindustrie!
- Keine Privatisierung!
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung der staatlichen Betriebe durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen!
- Verstaatlichung aller großen Firmen und Banken in Österreich!
- Ausarbeitung und Durchführung eines zentralen volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Regulierung einer krisenfreien Produktion unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!



U D S S R

GORBATSCHOWS REFORMPOLITIK

In den letzten Monaten hat sich in der UdSSR offensichtlich einiges geändert. Partei- und Staatschef Gorbatschow scheint es endlich gelungen zu sein, seinen Reformkurs gegen den Flügel der alten Bürokraten durchzusetzen:

So besuchte er als erster Parteichef das (wegen der ungelösten nationalen Frage) umstrittene Baltikum (Estland, Lettland, Litauen). Auch die Gewerkschaften (140 Mio. Mitglieder) sollen vom neuen Demokratisierungsprozeß nicht ausgeschlossen bleiben. Ebenso bekräftigte er seine Initiative, alle Kernwaffen in Europa in drei Etappen zu beseitigen. Die Reformpolitik macht auch vor Literatur, Kunst und Kultur nicht halt.

Ist es endlich gelungen, die diktatorisch herrschende Clique in der Sowjetunion erfolgreich zu bekämpfen? Warum gerade jetzt dieser *scheinbar* revolutionäre Kurs?

Die Wirtschaftslage der UdSSR und des gesamten Ostblocks ist katastrophal. Das trotz der Überlegenheit der Planwirtschaft: Von 1976 bis 1980 wurde nach dem Fünfjahresplan eine Wirtschaftsleistung von plus 4,1 %, von 1981 bis 1985 eine Leistung von nur mehr 3,1% erwirtschaftet. Ebenso verschlechterte sich die Handelsbilanz: 1984 ein Überschuß von 6,4 Mrd. Dollar, 1985 ein Überschuß von nur mehr 1,5 Mrd. Dollar. Die Exporte der gesamten RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe - Gegenstück zur EG) - Länder in den Westen schrumpften um 10 % und die Nettoverschuldung stieg von 5,3 Mrd. auf 62,9 Mrd. Dollar. Maßnahmen gegen die enorme Bürokratisierung waren schon lange fällig. Diese hemmt schon seit den Tagen Stalins die Wirtschaftsprüfung und verhindert(e) die Arbeiterdemokratie.

Gorbatschow versucht das mit einer gewissen Eigenverantwortlichkeit der Betriebe zu lindern. Die Ansätze dazu Wahl der Betriebsleiter auf allen Ebenen - sind an und für sich zu begrüßen. Weiter als jetzt wird Gorbatschow sicher nicht gehen bzw. gehen dürfen. Er würde damit nicht nur seine eigene Existenz gefährden, sondern auch die der gesamten Bürokratie. Die bisherige Menschheitsgeschichte hat gezeigt, daß die Herrschenden sich noch nie selbst liquidiert haben. Auch in der Sowjetunion wird niemand politischen Selbstmord begehen. Warum sagt Gorbatschow scheinbar am eigenen Ast?

Nicht nur der Ostblock, auch die gesamte restliche Welt schillert zunehmend in eine große wirtschaftliche Krise (alle Zahlen weisen darauf hin): Gorbatschows Reformpolitik wurzelt in der Notwendigkeit, die wirtschaftlich-

en und politischen Machtverhältnisse aufrecht zu erhalten! Kommende Weltwirtschaftskrise, Unruhe unter den Intellektuellen und unter dem historisch stark entwickelten Industrieproletariat, unzufriedene Bevölkerung, Kritiker in der eigenen Herrschaftsschicht - das und nichts anderes sind die Gründe dafür, daß "Zuckerbrot" ans Volk verteilt wird.

Das politische System in der UdSSR ist nicht reformierbar. Unter der Führung Leo Trotzki's kämpfte schon die linke Opposition, in den 20er Jahren gegründet, gegen die Verbrechen des Stalinismus. Ostberlin 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968, Polen 1970, 1980/81 waren nur der Anfang. Die Arbeiterschaft in der Sowjetunion wird sich wehren. Ist die Bürokratie einmal geschlagen, wird endlich der Aufbau eines wirklichen Sozialismus möglich sein.



Leserbrief: GENERAL MOTORS

etwas Aktuelles. Bei GM schauts international nicht sehr gut aus.

29.000 ARBEITSPLÄTZE SOLLEN VERNICHTET WERDEN!

In der Nr. 8 der Zeitung "VORWÄRTS" ist ein Interview mit einem Arbeiter von GM abgedruckt, welches überraschend viel Staub aufgewirbelt hat. Arbeiterbetriebsratsvorsitzender Lahner, der vor 2 Jahren Richard Stifter abgelöst hatte, fühlt sich dadurch auf die Zehen getreten. Ideologisch von vornherein zum Verlierer verdammt, weiß Lahner, wie mit unbequemem Geistern umzugehen ist - er ist ja nicht umsonst in die Schule des "Kalten Krieges" von Richard Stifter gegangen. Und was liegt da näher, als sich des Repressionspotentials der SPÖ zu bedienen.

Aber nun einiges zum Interview selbst:

Das Interview beinhaltet tatsächlich ein paar unhaltbare Aussagen. So z.B. über die Werksküche, oder daß die Betriebsräte dort höchstens einmal ein paar Würstel essen würden. Aber die unexakten oder gar falschen Aussagen stehen in keinem Verhältnis zu den Tatsachen, die in dem Interview klar ausgesprochen werden. BR Lahner soll, wenn er sich schon über das Interview aufregt, zu den Vorwürfen inhaltlich Stellung beziehen. Wie war das mit dem Kontrollsystem BEES? Wie wurde und wird mit kritischen und oppositionellen Kollegen umgegangen? Warum stimmt der Betriebsrat eindeutig politisch motivierten Kündigungen zu? Wie war das während des Streiks in der BRD um die 35-Stunden-woche? Waren nicht bereits 75% "Aussperrungsgeld" für die Arbeiter ausgemacht und bereits Presseaussendungen gemacht? Wird die Stückzahl nicht tatsächlich immer mehr in die Höhe getrieben? usw. Man könnte noch unzählige Fragen aufwerfen - aber erschöpfende Antworten vom GM-Betriebsrat sind leider nicht zu erwarten!

Zum Abschluß des Briefes noch

Diese Ankündigung kam ein paar Wochen vor Weihnachten. In dem Bestreben nach Kostensenkung und höherer Wettbewerbsfähigkeit will General Motors veraltete Werke schließen. 1987 und 1990 sollen insgesamt 11 Werke in vier US-Bundesstaaten geschlossen werden und damit 26.000 Arbeiter und 3.000 Angestellte abgebaut werden. Derartige Rationalisierungsmaßnahmen waren zu erwarten, da GM im 3. Quartal 1986 in der Autoproduktion einen Verlust von ca. 338 Mio. Dollar erlitt, der jedoch durch die Gewinne von Tochterbetrieben mehr als kompensiert wurde. Trotz geringerer Umsätze als GM meldete Ford für den selben Zeitraum einen höheren Gewinn und dürfte 1986 zum erstmalig seit einem halben Jahrhundert den Gesamtgewinn des Rivalen überflügeln. Ford, aber auch Chrysler brachten nicht nur ihre Kosten unter Kontrolle, sondern entwickelten auch noch attraktive Modelle zu Verkaufsschlagnern.

GENERAL MOTORS GERÄT UNTER DRUCK!

Die Absatz- und Marktanteile von GM schrumpften hingegen. Der Konkurrenzkampf, der Kampf vor allem gegen Ford, veranlaßt GM nun, Überkapazitäten stillzulegen und die Rationalisierung voranzutreiben. GM schreitet dabei mit brutaler Härte über die Köpfe seiner Arbeiter hinweg. Sie sollen in Wirklichkeit die Rechnung bezahlen; mit Massenarbeitslosigkeit und Verarmung! Doch es gibt bereits zaghafte Anzeichen dafür, daß die Arbeiterschaft nicht bereit ist, eine Rechnung zu

bezahlen, mit der sie nichts zu schaffen hat. Kämpferische GM-Arbeiter haben begonnen, die Angriffe von GM zu bekämpfen. In Kokoma, im US-Bundesstaat Indiana, streiken 7.700 Arbeiter. Ihr Streik legte weitere GM-Fabriken in den ganzen USA still. Insgesamt waren 40.000 Arbeiter betroffen.

DER KAMPF DER SÜDAFRIKANISCHEN GM-ARBEITER

Auch in Südafrika sollen Kapazitäten abgebaut werden. Dazu wollen wir im folgenden ein Telex abdrucken, welches Jack Thimbinkhosi, ein Führer der südafrikanischen Metallarbeitergewerkschaft, an alle GM-Standorte geschickt hat. "Am 29. Oktober 1986 legte die gesamte schwarze Belegschaft von GM (etwa 2.500 Kollegen) die Arbeit nieder und besetzte die Fabrik, nachdem sich das Management geweigert hatte, ihre Forderungen zu erfüllen, die anlässlich der jüngsten GM-Entscheidung, sich aus Südafrika zurückzuziehen, aufgestellt wurden. Die Aktion der Arbeiter begann nach langen Wochen der Unsicherheit, die durch die Ankündigung GMs, die Fabriken an südafrikanische Unternehmer verkaufen zu wollen, ausgelöst wurde. Die Arbeiter schliet ab 29. Oktober in den Konzernanlagen, um größeren Druck auf das Management auszuüben. Am 5. November riefen die GM-Bosse die Polizei, worauf wir diese Nacht vertrieben wurden. Am 7. November trafen wir uns wieder und beschlossen, mit der Aktion fortzufahren, bis unsere berechtigten Forderungen von GM erfüllt werden.

(1) Die Pensionsbeiträge der Arbeiter und der Firma müssen den Arbeitern zurückgezahlt werden.

- (2) Abfindungen in der Höhe eines Monatslohns für jedes Arbeitsjahr. GM war 60 Jahre in Südafrika und machte riesige Profite. Wir glauben, daß es unser Recht ist, einen Teil des Profits, der von uns geschaffen wurde, zu bekommen. Einige Kollegen sind bereits 35 Jahre bei der Firma.
- (3) Wir wollen das Recht, 2 Vertreter in das neue Management zu entsenden, damit wir Arbeiter wissen, was die Firma plant.

nach wie vor die Forderungen. Die Polizei überwacht die Situation nun jeden Tag, indem sie vor den Fabrikseingängen Stellung bezieht und so verhindert, daß wir Streikposten aufstellen. Die südafrikanische Gewerkschaft bittet die GM-Arbeiter anderer Länder dringend um solidarische Unterstützung. Protesteogramme oder Briefe sollen geschickt werden an:

The Director International Labour Relations - General Motors Co. - GM Building 3044 West Grand Boulevard - Detroit, Michigan 48202 - USA
General Motors im eigenen Land*

Bitte sendet Kopien der Briefe an die südafrikanische Gewerkschaft NAAWU - Box 4324 - Port Elizabeth - South Africa

Mit solidarischen Grüßen
ein ehemaliger GM-Arbeiter

Wir bitten um Verständnis, daß wir nur einen Bruchteil der eingesendeten Leserbriefe wiedergeben können und uns auch bei diesen erhebliche Kürzungen vorbehalten müssen.

Abonniert

VORWÄRTS !!

SPENDET

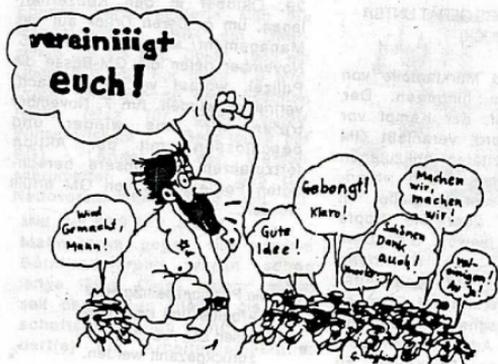
FÜR

VORWÄRTS

Da unsere finanziellen Mittel begrenzt sind und die Herstellung einer Zeitung teuer ist, können wir es uns nicht leisten, regelmäßig zu erscheinen.

Um wenigstens beim Tippen der Artikel flexibel zu sein, brauchen wir ein Textverarbeitungsgerät. Da wir aufgrund unserer kritischen Haltung keinerlei Unterstützung von SFO und SJ erwarten können, sind wir auf Eure Mithilfe angewiesen. Spenden überweist bitte auf das Konto:

PSK 1.670.350



Impressum
Eigentümer, Medieninhaber und für den Inhalt verantwortlich:
Andrea Koch
Weldeng. 26/1/7 1100Wien